

„Wir brauchen mehr Mut zur Utopie“

München ist nicht unbedingt der Ort, aus dem man eine starke kapitalismuskritische Stimme erwartet. Stephan Lessenich jedoch ist genau hier Professor für Soziologie und einer der führenden Kapitalismuskritiker in der deutschen Wissenschaft. Im Interview spricht er über sein neues Buch, über das Gefühl, als „linker Spinner“ abgetan zu werden, und warum er dennoch überzeugt ist, dass es dringend eine soziologische Analyse globaler Wirtschaftszusammenhänge braucht.

Herr Lessenich, Barack Obama hat einmal gesagt: Wenn man sich eine Zeit in der Geschichte der Menschheit auszusuchen hätte, in der man fortan leben müsste – ohne zu wissen, welche Nationalität, welches Geschlecht oder welche Ethnie man hat –, man würde die Gegenwart wählen. Stimmen Sie Obama zu? Leben wir in der besten aller Zeiten?

Klar, man würde sicherlich die heutige Zeit wählen, wenn man *hierzulande* diese Überlegung anstellt. Vermutlich würden die meisten sagen: „Lieber heute leben als vor hundert oder vor siebzig oder vielleicht auch noch vor dreißig Jahren.“ Es geht den Durchschnittsbürgerinnen und -bürgern in der deutschen Gesellschaft ja auch besser als in der Vergangenheit.

Sie betonen sehr stark das *hierzulande*. Dabei ist weltweit die Kindersterblichkeit zurückgegangen, genauso die Zahl der Menschen, die in absoluter Armut leben. Gestiegen sind die Alphabetisierungsquoten und das Wirtschaftswachstum auch vieler Länder des globalen Südens. Würden Sie nicht sagen, dass der Kapitalismus global gesehen das Leben vieler Menschen verbessert hat?

Diesen Daten würde ich nicht widersprechen. Wenn wir an Obama anschließen, ist es in großen Teilen der Welt wahrscheinlich besser, heute auf die Welt zu kommen, als vor zwanzig Jahren geboren worden zu sein. Ich würde der Fortschrittsdiagnose aber nicht uneingeschränkt zustimmen, sondern schon differenzieren wollen. Zumal man den beschriebenen Fortschritt auch nicht alleine dem Kapitalismus oder dem globalen Kapitalismus zuschreiben kann. Der Kapitalismus alleine senkt ja nicht die Kindersterblichkeit, sondern sie wird durch entsprechende medizinische Einrichtungen oder das Gesundheitswesen oder durch Impfprogramme gesenkt, also durch die Intervention des Sozialstaats.

Doch die Wertschöpfung, um überhaupt solche wohlfahrtsstaatliche Einrichtungen unterhalten zu können, schafft ebenjenes kapitalistische System?

Zweifelloos ist der Kapitalismus ein unglaublich wertschöpfendes System. Und dennoch finde ich die von Ihnen genannte Erzählung relativ einseitig und würde immer auch die Gegengeschichte erzählen wollen: Der Kapitalismus ist zugleich ein unglaublich wertezerstörendes System. Einerseits hat es also für bestimmte Teile der Welt und der Menschheit in den letzten zwanzig Jahren eine Aufwärtsentwicklung gegeben, andererseits leben wir nach wie vor unter Bedingungen, in denen die reicheren Gesellschaften dieser Welt viele Kosten, die ihre

Entwicklung aufwirft und produziert, anderswo anfallen lassen. Sie müssen sie nicht selber innergesellschaftlich verarbeiten und tragen. Das ist ein Problem.

Und auch Thema Ihres neuen Buches „Neben uns die Sintflut“. Sie sprechen in diesem Zusammenhang von unserer Gesellschaft als einer „Externalisierungsgesellschaft“. Was meinen Sie damit?

Mit „Externalisierungsgesellschaft“ versuche ich den Umstand zu beschreiben, dass reiche Gesellschaften wie die unsere die ökonomischen, ökologischen und sozialen Kosten ihrer Produktion und ihres Konsums effektiv an andere Weltregionen auszulagern vermögen. In manchen Branchen fallen große Teile der damit einhergehenden Umweltschädigungen nicht hierzulande an, sondern anderswo auf der Welt. Ebenso werden diejenigen Produktionen ausgelagert, die unter schlechtesten Arbeits- und schädlichsten ökologischen Bedingungen stattfinden. Es wurde in den letzten zwanzig Jahren noch einmal in radikalisierter Weise deutlich, dass die sozioökonomische Entwicklungsstrategie der reichen Gesellschaften eben genau auf dieser Externalisierungslogik beruht. Ihre Machtressource liegt darin, Wege zu finden und Mittel zu haben, um die eigenen Kosten anderen aufzubürden.

Zudem plädieren Sie für eine stärkere soziologische Betrachtung der globalen Verhältnisse. Warum?

Aus zwei Gründen. Wenn man sich weltweit ungleiche Lebensverhältnisse anschaut, dann darf man nicht nur auf statistische Einkommensindikatoren schauen. Dann darf man nicht nur fragen: Wie steht es um das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf weltweit? Gibt es da eine Annäherung? Man muss die gesamten Lebensverhältnisse in den Blick nehmen. In China etwa gehen die verbesserten Einkommen mit einer massiven Überausbeutung der Arbeitskraft einher. Menschen, von denen man also sagen könnte, die haben den Sprung geschafft – die zwar nicht zur Mittelschicht gehören, aber deutlich oberhalb der statistischen Armutsgrenze leben –, arbeiten heute noch unter Verhältnissen, die jeder Beschreibung und jedes Vergleichs mit den hiesigen Arbeitsverhältnissen spotten.

Und der zweite Grund?

Der zweite Grund ist, dass man sich auf der Suche nach Schuldigen für die globalen Missverhältnisse auch die Alltagspraktiken von ganz „normalen“ Menschen in den reicheren Industriegesellschaften ansehen muss. Dann kommt man nämlich zu dem Ergebnis: Auch sie stützen durch ihre Art und Weise zu leben dieses Arrangement der Externalisierung. Und dann ist man immer noch nicht bei einer Moralisierung dieser Verhältnisse, sondern es geht darum, die Analyse vollständig zu machen: Es sind nicht nur die großen Kapitaleigner, die von diesen Verhältnissen profitieren, sondern auf indirekte Weise und ohne in einer herrschenden Position zu sein, sind es viele Millionen – vielleicht sogar Milliarden – Menschen in den hochentwickelten Gesellschaften.

Im Ergebnis bleibt der Misstand jedoch der gleiche.

Aber nur so kann man verstehen, warum sich so wenig ändert – warum das kapitalistische System so stabil ist. Weil die Leute sich sagen: „Schaut mal. Da geht’s doch auch bergauf, so

schlimm ist es bei denen gar nicht.“ Sie leben in dem Glauben, dass sich mit der Fortschreibung des globalen Kapitalismus die Lebensverhältnisse weltweit zukünftig angleichen werden. Sie sagen: „Das sind nicht wir, sondern das sind die da oben, die für Ausbeutung und ökologischen Raubbau sorgen! Man müsste die mal steuerpolitisch an die Kandare nehmen oder die großen Vermögen enteignen“ – oder Ähnliches. Dafür wäre ich unbedingt auch, doch das alleine würde die Probleme nicht lösen.

Folgt aus Ihrer Sicht nicht eine Subjektivierung, also eine Verinnerlichung von bestehenden Globalverhältnissen, an denen der oder die Einzelne jedoch wenig ändern kann?

Man kann auf die Idee kommen, dass also jeder und jede Einzelne von uns selbst für die herrschenden Verhältnisse verantwortlich ist – und das wäre natürlich ein extremer Widerspruch zu meinen bisherigen Arbeiten, in denen ich diese Subjektivierungsdimension zum Beispiel infolge des Umbaus des Sozialstaats in den Blick genommen und den gängigen Verweis auf die „Eigenverantwortung“ der Leute kritisiert habe. Jetzt können Sie sagen: Ich mache genau das Gleiche, nur dass ich den Blick auf die Weltgesellschaft und auf globale Ungleichheitsverhältnisse lenke.

Ihre Kritiker könnten sagen, Sie hätten dazugelernt.

Zum Teil stimmt das vielleicht sogar, weil ich schon glaube, dass man alleine mit einer radikalen System- oder Institutionenkritik als Kapitalismuskritiker nicht so weit kommt. Es reicht nicht, „die da oben“ und „das Kapital“ oder gar „den Kapitalismus“ als abstrakten Systemzusammenhang in den Blick zu nehmen. Man muss tatsächlich fragen: Wodurch wird dieser Zusammenhang gestützt? Dann rücken rasch die individuellen Praktiken ins Blickfeld. Dennoch darf man natürlich nicht die Strukturen und auch nicht die Fesselung von Subjekten in diesen Strukturen aus dem Blick verlieren. Die Leute sind gefangen genommen durch bestimmte gesellschaftliche Verhältnisse. Es gibt keinen individuellen Ausweg aus dem Produktions- und Konsumsystem, in das die Leute gestellt sind und in dem sie irgendwie funktionieren müssen, wenn sie ihr Leben einigermaßen erfolgreich fristen wollen. Aber ich glaube, man muss sich genau dieser eigenen Verstrickungen in die Verhältnisse klar werden, um kollektive Gegenstrategien entwickeln zu können.

Muss man bei den Subjekten nicht noch viel stärker differenzieren? Es sind doch auch in der deutschen Gesellschaft ganz bestimmte Gruppen, die überhaupt einen Lebensstil führen können, der zu hohen Externalisierungskosten führt.

Wir wissen, dass die Praktiken der Externalisierung sozialstrukturell so gelagert sind, dass in oberen Einkommens- und Vermögensmilieus die Externalisierungsprofite und das Externalisierungshandeln besonders stark sind. Im Grunde genommen könnte man sagen: Die Arbeiterklasse wurde eingekauft durch das Anheben ihrer Lebensverhältnisse. Internationale Solidarität wurde dadurch gebrochen, dass auch – bewusst oder unbewusst – der hiesigen Arbeiterklasse klar war: Sie profitiert von den kolonialen beziehungsweise postkolonialen Verhältnissen, die sie eigentlich ablehnt. Ich finde, man muss diese Zwitterposition verdeutlichen, in der die Beherrschten hierzulande sind. Denn sonst besteht immer die Gefahr, sich

auf die Logik des Beherrscht-Werdens zurückzuziehen und die Beherrschten-Positionen hierzulande nicht auch in ihrem herrschaftlichen Charakter wahrzunehmen.

Bei linker Kapitalismuskritik steht oft – wie auch bei den G20-Protesten in Hamburg – der Vorwurf im Raum, dass die Kritiker diejenigen wären, die sich eine Kritik „leisten“ könnten. Alle anderen jedoch, die auf Aufstieg zu hoffen hätten, die bräuchten eben Globalisierung, offene Märkte und einen funktionierenden Kapitalismus.

Das ist ein interessantes Phänomen, und nur diese Widersprüche können die relative Stabilität des globalen Kapitalismus irgendwie erklären. Und letztlich auch diese perfiden Koalitionsbildungen, etwa zwischen Arbeit und Kapital hierzulande. Warum hat denn der Neoliberalismus so gut funktioniert in den letzten drei Jahrzehnten? Der Neoliberalismus hat verfangen, weil gesagt wurde: Mit einer neuen Form der Steuerung – mit weniger Staat und mehr Markt – können wir weiterhin Wohlstand schaffen, können wir weiterhin Wachstumsraten realisieren, von denen dann auch schlechter gestellte Gruppen in den hochentwickelten Gesellschaften profitieren werden.

Deshalb besteht in Demokratien wenig Hoffnung auf Veränderung der jetzigen Politik der Externalisierung. Ein Gegenentwurf erscheint schlicht nicht mehrheitsfähig.

Der Kern des Problems ist, dass all unsere gesellschaftlichen Vorstellungen von dem, was gut und was richtig ist, an diesen Wachstumszwang und an den Zwang, diese Wachstumsinteressen dauerhaft zu bedienen, gekoppelt sind. Ich glaube, dadurch kommen auch die perfiden Koalitionen zustande zwischen denen, die viel haben, und denen, die auf viel hoffen. Hinzu kommt: Die regierenden Politikerinnen und Politiker sind davon abhängig, dass sie nach wie vor profitable Industrien erhalten und zunehmenden Wohlstand schaffen. Jeder Politiker, der sagt: „Euch wird es in Zukunft schlechter gehen“ – weil wir jetzt die Unternehmen stärker besteuern oder weil China geökonomisch eine aufstrebende Macht ist –, wird sofort in die Bredouille geraten.

Wäre dann aber nicht genau Ihre Vorstellung einer gerechten globalen Wirtschaftsordnung in der politischen Praxis zum Autoritarismus verdammt?

Doch nur dann, wenn irgendwelche aufgeklärten Soziologen oder Intellektuellen oder die Politikavantgardekaste sagen würden: „Leute, ihr lebt alle falsch. Wachstum bringt es nicht, ist verheerend und zerstörerisch. Wir erobern jetzt gewaltsam die Macht im Staat, um euch mit einem Postwachstumsregime zu beglücken.“ Das wäre jedoch ein linker Autoritarismus, der über die Wünsche und Interessen der Mehrheit der Bevölkerung hinweggeht. Eines sollten wir uns immer klarmachen: Die Wachstumsinteressen sind ja nicht überhistorisch. Sie sind ein Phänomen, das sich im Grunde genommen nach dem Zweiten Weltkrieg etabliert hat. Es erscheint uns heute nur so, als wenn es immer schon so gewesen wäre und als sei das ein quasi natürlicher Zustand. Dass sich diese Zivilisation die längste Zeit ohne die massive Ausbeutung von fossilen Rohstoffen und ohne die Entwicklungsindikatoren, die wir heute kennen, irgendwie bewegt und integriert hat, vergisst man dabei leicht. Nicht jede Überlegung, nach der es auch eine andere Form der Vergesellschaftung geben kann, endet sofort im Autoritarismus.

Und dennoch bleibt die Frage bestehen, wie man die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturen grundlegend verändern kann.

Wir müssen über die Frage, was die Kosten des Entwicklungsmodells sind, das die westlichen Industriegesellschaften in den letzten sechzig, siebenzig Jahren angenommen haben, einen gesellschaftlichen Diskussionsprozess einleiten. An dessen Ende oder an dessen zwischenzeitlichem Ende könnte vielleicht stehen, dass gesellschaftliche Mehrheiten übereinkommen, nicht länger systematisch auf Kosten Dritter leben zu wollen. Ich sehe da wenig Autoritarismus, sondern eher eine Utopie. Wir brauchen also mehr Mut zur Utopie statt Angst vor Autoritarismus.

Bisher scheint es aber noch gut zu klappen, die eigene Externalisierung auszublenken.

Ich glaube, Gesellschaften des Typs der Bundesrepublik Deutschland haben in den letzten Jahrzehnten extrem viele Instrumente entwickelt, um die globalen Verhältnisse auszublenken oder unsichtbar zu machen. Eine grundlegende Änderung dessen wird es daher nur über die direkte Konfrontation mit den Problemzusammenhängen geben, die anderswo an der Tagesordnung sind. Denn sie hängen eben auch mit unserer Produktions- und Konsumweise zusammen. Und das ist jetzt keine Verelendungstheorie. Es muss den Leuten nicht immer gleich schlechter gehen, damit sich irgendetwas ändert. Sie müssen aber mit den Realitäten konfrontiert werden, die außerhalb ihres Lebenszusammenhangs existieren.

Gewissermaßen geschieht das ja derzeit verstärkt durch die zahlreichen Menschen, die aus Afrika die gefährliche Fahrt über das Mittelmeer wagen und dann hier die Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Realität „konfrontieren“.

Man kann Bilder ausblenden oder Zeitungsberichte weglegen. Aber wenn die Leute vor der Tür stehen oder kurz vor der Tür im Mittelmeer ertrinken, dann kann man sie nur noch schlecht außerhalb der eigenen Wahrnehmung halten. Je stärker deutlich wird, dass auch die Fluchtbewegung der letzten zwei Jahre kein Einzelfall, keine Sonderkonjunktur war, sondern auf Dauer gestellt ist, und dass militärische Abwehrmaßnahmen „das Problem“ nicht werden beheben können, besteht die Möglichkeit der Öffnung unserer gesellschaftlichen Debatten. Ich glaube, die Zunahme der Zahl der Geflüchteten hat nicht nur dazu geführt, dass die Leute sagen: „Oh mein Gott, wir müssen uns abschotten!“, sondern sie hat auch vielen Menschen klargemacht: „Davor können wir nicht länger die Augen verschließen.“

In seinem aktuellen Buch „Über Grenzen denken“ schreibt der Philosoph Julian Nida-Rümelin: „Das kollektive Selbstbestimmungsrecht einer in einem Staat organisierten Bürgerschaft liegt in der legitimen Entscheidung, wie sie leben möchte, mit wem sie leben möchte, ob sie kulturelle soziale und ökonomische Veränderungen akzeptiert oder nicht.“ Wird hier eine Legitimation auf dem Boden des Selbstbestimmungsrechts theoretisch vorbereitet, die uns am Ende die Möglichkeit bietet, moralisch das Schicksal der Menschen auszublenken?

Bei Nida-Rümelin ist es ganz offensichtlich die Frage, wo man die Grenzen des Gemeinwens zieht, innerhalb derer man es für legitim erachtet, dass die Menschen sich über die Form ihrer Lebensweise gemeinsam austauschen und dann zu Entscheidungen kommen können.

Und wenn man sagt: Der nationalstaatliche Rahmen ist *erstens* der historisch gewachsene, *zweitens* der einzig denkbare und *drittens* auch der letztlich legitime Rahmen, in dem die Bürgerinnen und Bürger kollektiv darüber entscheiden können, wie sie leben möchten, dann wird man zu so einem Ergebnis kommen. Dann heißt es, Grenzziehung so, wie wir sie heute kennen, ist nicht nur funktional, sondern auch moralisch angemessen; dann kommt man zu der Vorstellung, dass es viele umgrenzte Räume der kollektiven Selbstbestimmung auf der Welt geben muss, wo die Leute jeweils entscheiden, wie sie leben wollen.

Und stimmen Sie dem zu?

Ich glaube, wenn man tatsächlich die strukturellen Abhängigkeiten, die weltgesellschaftlich gegeben sind, miteinbezieht, dann kann man einer solchen Argumentation nicht folgen. Ich finde, wenn man die gegenwärtige Weltgesellschaft analysiert, kommt man nicht umhin zu sagen: Die Möglichkeit von Lebensführungsentscheidungen, also diese kollektive Selbstbestimmung innerhalb von nationalstaatlichen Grenzen, hängt ganz strukturell davon ab, dass anderswo Vorleistungen für dieses Selbstbestimmungsrecht erbracht werden.

Und daraus erwächst dann die Verantwortung für die anderen Menschen?

Daraus erwächst eine – wenn Sie moralisch argumentieren – Verantwortung. Sie können aber auch sagen: Funktional ist es so, dass diese selbstbestimmten Gemeinwesen von anderen abhängen. Dann sind Sie beim klassischen Soziologen Émile Durkheim, der analytisch und nicht moralisch argumentiert hat. Er hat von Solidarität gesprochen als einem technischen, funktionalen Zusammenhang von Arbeitsteilung: Wer voneinander abhängig ist, muss miteinander solidarisch sein. Und wenn Sie die Weltgesellschaft als eine arbeitsteilige Gesellschaft sehen, in der klar ist: Irgendwo werden die Rohstoffe und Industrieprodukte unter bestimmten Bedingungen produziert, anderswo wird sogenannte immaterielle Arbeit geleistet, dann wird man schnell zu dem Ergebnis kommen, dass es wechselseitige Abhängigkeiten gibt. Und die müssen irgendwie miteinbezogen werden in die Gestaltung von Räumen der Selbstbestimmung. Meines Erachtens ist es heute – jenseits der Existenz von nationalstaatlichen Grenzen, die so schnell nicht fallen werden – theoretisch und moralphilosophisch unzulässig, diese weltgesellschaftlichen Abhängigkeiten nicht mit in Rechnung zu stellen. Das kollektive Selbstbestimmungsrecht kann heute nicht unabhängig davon bewertet werden, wie die weltgesellschaftlichen Abhängigkeiten sind und wie die strukturellen Ungleichgewichte innerhalb dieser Abhängigkeitsbeziehungen aussehen.

Aber realpolitisch ist auch klar, dass unser Sozialstaat nicht alle versorgen kann, die unter unserer Externalisierung leiden.

Das Ziel müsste sein, anzuerkennen, dass allen Menschen das Bürgerrecht auf ein Minimum an sozialen Rechten zukommt. Oder anders formuliert: auf das Maximum, das weltgesellschaftlich zu realisieren wäre an sozialen Bürgerrechten. Und hiervon sind wir weit entfernt. Das wäre eine Form der globalen Solidarität oder eine Vorstellung von Solidarität, die eben nicht mehr nur eingeschränkt ist auf den nationalstaatlichen Rahmen. Das ist eine Utopie, die so unrealistisch ist, wenn man das nicht gleich übersetzt in: Wir brauchen jetzt den deutschen Sozialstaat für alle. Aber wir brauchen so etwas wie globale soziale Rechte.

Sie haben am Anfang „kollektive Strategien“ gegen die Struktur globaler Ungerechtigkeit gefordert. Aber für wie wahrscheinlich halten Sie jede Form von Kollektivität in einer Zeit, in der alle von einer Individualisierung oder Granularisierung der Gesellschaft sprechen?

Ich halte nichts davon, gewissermaßen in einem performativen Akt die Individualisierung und die Entsolidarisierung herbeizureden und zu sagen: „Wissen wir ja alle. Wir leben im Zeitalter, wo jeder seines eigenen Glückes Schmied ist, in dem jeder sich selbst der Nächste ist, jeder gegen jeden kämpft.“ Wenn wir wirklich einmal die Augen aufmachen und schauen, was um uns herum los ist, sehen wir keine Gesellschaft der radikalen Individualisierung, sondern wir sehen ganz viel alltagspraktische Kollektivität und Solidarität. Die hat sich natürlich in den letzten Jahrzehnten verändert. Aber ich meine nicht, dass das sozialmoralische Fundament für eine andere Form des Zusammenlebens in den letzten Jahrzehnten verschwunden wäre. Ich finde eigentlich viel mehr, dass es auffällig ist, wie stark die neoliberale Ideologie immer wieder neu in die Öffentlichkeit eingespeist werden muss, um das Immergleiche irgendwie aufrechtzuerhalten. Seit drei, vier Jahrzehnten lesen wir dieselben Wirtschaftsleitartikel in der Frankfurter Allgemeinen oder in der Süddeutschen Zeitung. Immer wieder muss den Leuten eingetrichtert werden: „Ja, wir müssen heute verzichten, um morgen mehr zu haben. Wir müssen die Gürtel enger schnallen. Wir haben über die Verhältnisse gelebt. Es braucht bessere Bedingungen für die Unternehmen.“ Egal was passiert, in jeder Situation sagt der Wirtschaftsweise: „Ja, heute geht es noch gut. Aber wenn wir uns nicht fit machen für den Wettbewerb von morgen, dann wird es ganz schnell damit vorbei sein.“

Sie würden also der Ansicht widersprechen, wonach der Neoliberalismus gewissermaßen internalisiert wurde?

Es ist doch völlig offensichtlich, dass es wechselseitige Abhängigkeiten gibt, die das ganze System am Laufen halten. Es gibt ein Fundament an Kollektivität und Solidarität, das in den letzten Jahrzehnten nicht verschwunden ist – und das wiederzubeleben oder in neuer Weise anzupapfen wäre. Gerade der zivilgesellschaftliche Umgang mit Geflüchteten in den letzten Jahren, und zwar quer durch alle möglichen Sozialmilieus und alle möglichen Parteizugehörigkeiten, hat gezeigt, wie stark da Werte der Solidarität vorhanden sind.

Fehlt es dann nicht an einer politischen Übersetzung der alltagspraktischen Kollektivität?

Es gibt so eine selbsterfüllende Prophezeiung, und die ist ziemlich verbreitet. Demnach ist angeblich, wohin man auch schaut, alles um uns herum neoliberal. Alle Parteien sind neoliberal, alle Institutionen, überall sehen wir nur Ökonomisierung. Dann erscheint die gesamte Gesellschaft bis in die letzten Verästelungen als eine vollständig durchökonomisierte. In Ansätzen stimmt diese Diagnose ja. Wir leben sicherlich in einem Zeitalter der Ökonomisierung. Aber man kann nicht sagen, dass dadurch alles irgendwie im Kern verändert worden wäre. In der Tat wundert es mich, gerade wenn wir uns die real existierende Sozialdemokratie anschauen, wie stark dort die Fixierung auf die herrschende Form der Deutung von gesellschaftlichen Verhältnissen war und wie gering der Mut ist zu sagen: „Nein, Leute, selbst unter veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen, auch unter veränderten Macht-

verhältnissen, auch wenn wir eine größere Macht des Kapitals haben und eine verringerte Macht von staatlichen Eingriffen, selbst da gilt es, Solidarität zu denken. Vielleicht in neuen Formen, aber Solidarität zu üben und kollektive Lösungen sind weiterhin unsere Antwort.“ Ich weiß nicht, warum sich da die Akteure so haben von diesem Weg abbringen lassen. Es gibt eine gesellschaftliche Substanz für kollektive Lösungen.

Liegt es nicht auch daran, dass die Lage derart komplex ist und die Parteien keinen Anpack finden?

Gerade diese Komplexitätsdiagnose wird häufig vorgebracht. Ich glaube, man kann tatsächlich einige ganz zentrale Zusammenhänge einigermaßen leicht auf den Punkt bringen. Man kann die Aussage: „Wir leben auf Kosten anderer“ mit der Aussage: „Aber der Profit davon ist hierzulande ziemlich ungleich verteilt, und wir können das ändern“ verknüpfen. Ich glaube nicht, dass man die Leute damit überfordert. Man sollte sie vielmehr einfach wieder ernst nehmen. Es gibt ganz viel Alltagswissen, wie die Dinge funktionieren in dieser Gesellschaft; und wie da auch die Weltgesellschaft mit reinspielt.

Liegt ein Problem nicht vielleicht darin, dass man, wenn man das so ausspricht wie Sie, von einem großen Teil der Medien, aber auch der Wissenschaft und der Politik, als „linker Spinner“ abserviert wird?

Na klar. Es heißt dann schnell, dass die oder der „vielleicht sympathisch, aber letztlich völlig aus der Welt ist“. Und wenn man dann nicht aufpasst, wird einem auch noch eine autoritäre Programmatik vorgeworfen, die den Leuten vorschreiben möchte, wie sie leben sollen. Es gibt tatsächlich eine ideologische Hegemonie, die nicht gerade kapitalismuskritisch ist. Unser Vorstellungsraum und das, was sagbar ist und was vielleicht gleich ausgeschlossen wird als Irrsinn, ist in den letzten Jahrzehnten geschrumpft. Davon sollte man sich aber nicht entmutigen lassen. Vielmehr gilt es, genau diesen Raum zurückzugewinnen.

Interview: Marius Mühlhausen

Dr. Stephan Lessenich

ist Professor für Soziologie mit dem Schwerpunkt „Soziale Entwicklungen und Strukturen“ an der Ludwig-Maximilians-Universität München und war von 2013 bis 2017 Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. 2016 erschien sein neues Buch „Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis“ im Verlag Hanser Berlin.